

Brüssel, den 18. Juni 2025
(OR. en)

10344/25

JAI 857	CT 75
COSI 120	CORDROGUE 79
ENFOPOL 213	CATS 31
CRIMORG 112	CYBER 172
ENFOCUSTOM 101	COPEN 177
IXIM 131	
IS	LI
CEPOL	EUDA
EUROJUST	EU-LISA
FRONTEX	EUROPOL
CH	NO

VERMERK

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Delegationen
Nr. Vordok.:	9267/25
Betr.:	Bericht des Vorsitzes über eine Europäische Strategie für die innere Sicherheit

Im Anschluss an die Tagung des Rates (Justiz und Inneres) vom 13. Juni 2025 erhalten die Delegationen in der Anlage den dem Rat vorgelegten Bericht des Vorsitzes über die Entwicklung und Umsetzung der in der Mitteilung der Kommission „ProtectEU: eine Europäische Strategie für die innere Sicherheit“¹ aufgeführten zentralen Fragen.

Der Rat und insbesondere der Ständige Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (COSI) werden die Maßnahmen, die zur Bewältigung der Herausforderungen für die innere Sicherheit vorgesehen sind, weiterverfolgen.

¹ Dok. 7750/25.

Bericht des Vorsitzes

Der Vorsitz im Rat der Europäischen Union legt auf der Grundlage der Beratungen im Rat und in seinen Vorbereitungsgremien diesen Bericht vor, um Leitlinien für die Entwicklung und Umsetzung der in der Mitteilung „ProtectEU“ aufgeführten zentralen Fragen zu geben.

Der Vorsitz ist der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten die Mitteilung der Kommission im Allgemeinen begrüßt und als wichtigen Beitrag zur Mobilisierung verschiedener Akteure im Rahmen der gemeinsamen Bemühungen um die Aufrechterhaltung und Stärkung der inneren Sicherheit der EU anerkannt haben, mit dem die in zunehmendem Maße komplexe und herausfordernde Bedrohungslage, die eine entschlossene, koordinierte und zukunftsorientierte Reaktion erfordert, angegangen wird. Die Delegationen haben auch Fragen zu spezifischen, von der Kommission genannten Elementen vorgelegt.

Der Vorsitz hat festgestellt, dass die folgenden drei Leitgrundsätze der Mitteilung von den Mitgliedstaaten gebilligt wurden: erstens ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz, bei dem die zentrale Rolle der Sicherheit in unseren Gesellschaften hervorgehoben und verschiedene Akteure einbezogen werden, die über die Strafverfolgung hinaus einen substanziellen Beitrag zur Sicherheit der EU leisten können; zweitens die Integration und die durchgängige Berücksichtigung von Sicherheitserwägungen in allen Rechtsvorschriften, Strategien und Programmen der EU; und drittens die Notwendigkeit, die Investitionen der EU, der Mitgliedstaaten und des Privatsektors in die Sicherheit zu erhöhen und so die strategische Autonomie der EU zu stärken. Darüber hinaus stimmten die Mitgliedstaaten mit der Kommission darin überein, dass die innere Sicherheit integraler Bestandteil der Beziehungen der EU zu Drittländern sein sollte.

Die Mitgliedstaaten stimmten dem von der Kommission vorgeschlagenen weiteren Vorgehen, um Sicherheitsbedrohungen in den kommenden Jahren besser entgegenzuwirken, einschließlich eines verbesserten rechtlichen Instrumentariums, gegebenenfalls einer engeren Zusammenarbeit, eines verstärkten Informationsaustauschs und verstärkter Maßnahmen auf internationaler Ebene in Verbindung mit der Forderung nach einer Änderung unserer Denkweise in Bezug auf die innere Sicherheit und der Förderung einer neuen EU-Sicherheitskultur, weitgehend zu.

Bereiche, die allgemeine Unterstützung fanden

Der Vorsitz hat festgestellt, dass der umfassende Ansatz der Mitteilung und die Betonung, dass Sicherheit und Vorsorge Hand in Hand gehen, wobei Aspekte wie Cyberbedrohungen, der Einsatz von Migration als Waffe, die Resilienz kritischer Infrastrukturen und die Bedeutung der Umsetzung des Grundsatzes „Follow the money“, weitere Investitionen in die Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor behandelt werden, allgemeine Unterstützung finden. Ferner wurde betont, wie wichtig es ist, die Zusammenarbeit mit Drittländern, insbesondere mit der Ukraine, dem Westbalkan, Lateinamerika und der Karibik sowie mit dem Mittelmeerraum, zu intensivieren.

Es wurde Unterstützung zum Ausdruck gebracht für Initiativen zur Bekämpfung der anhaltenden Bedrohung durch den Terrorismus, des Anstiegs der Cyberkriminalität und der Zunahme neu auftretender Bedrohungen. Die Mitgliedstaaten begrüßten ferner den hohen Stellenwert von Maßnahmen zur Bewältigung von Sicherheitsrisiken, die sich aus geopolitischer Instabilität ergeben, einschließlich des unerlaubten Handels mit Feuerwaffen und der Herausforderungen im Zusammenhang mit zurückkehrenden ausländischen terroristischen Kämpfern, aber auch der zunehmenden missbräuchlichen Nutzung digitaler Plattformen für die Verbreitung extremistischer und terroristischer Inhalte sowie von Desinformationskampagnen und der Nutzung von Online-Tools zur Erleichterung krimineller Aktivitäten.

Der Vorsitz hat festgestellt, dass die Mitgliedstaaten den Zugang zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung als eine wichtige Priorität betrachten, im Einklang mit den am 12. Dezember 2024 gebilligten Schlussfolgerungen des Rates zum Zugang zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung. Sie forderten die Kommission auf, bei der Ermittlung und Umsetzung von Lösungen, mit denen Strafverfolgungsbehörden in Einzelfällen Zugang zu Informationen ermöglicht wird und gleichzeitig die Grundrechte gewahrt werden, einen ehrgeizigen Ansatz zu verfolgen, einschließlich der Vorlage eines Fahrplans für die Umsetzung der Empfehlungen der hochrangigen Gruppe vom Mai 2024 sowie eines Legislativvorschlags zur Vorratsdatenspeicherung.

Der Vorsitz hat festgestellt, dass die Fortsetzung und Stärkung der Europäischen multidisziplinären Plattform gegen kriminelle Bedrohungen (EMPACT) als wichtiger Rahmen der EU für ein gemeinsames Vorgehen gegen schwere und organisierte Kriminalität nachdrücklich unterstützt wird. Insbesondere stimmten die Mitgliedstaaten im Einklang mit den entsprechenden Schlussfolgerungen des Rates darin überein, dass die Mittel für EMPACT aufgestockt werden müssen, um die Prioritäten der EU im Bereich der Kriminalität im Rahmen des EMPACT-Zyklus 2026-2029 wirksam anzugehen.

Der Vorsitz hat ferner festgestellt, dass die Stärkung der im Bereich Justiz und Inneres tätigen dezentralen Agenturen und Einrichtungen der EU sowie der Synergien zwischen diesen (insbesondere Europol, Eurojust, EUSTa, Frontex, eu-LISA, CEPOL) unterstützt wird. In diesem Zusammenhang wird davon ausgegangen, dass, wenn die Mandate der Agenturen und Einrichtungen verlängert werden, der Schwerpunkt der Vorschläge, unter Berücksichtigung des Bedarfs, der Kapazitäten und der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten, auf deren unterstützende Rolle gelegt würde. In Bezug auf die vorgeschlagene Stärkung von Europol erklärten die Delegationen, dass operative Maßnahmen im Einvernehmen mit den Behörden der betreffenden Mitgliedstaaten durchgeführt werden müssen und dass die Anwendung von Zwangsmaßnahmen in die ausschließliche Zuständigkeit der nationalen Behörden fällt.

Es bestand weitgehend Einvernehmen darüber, weiterhin in die Umsetzung bereits angenommener Rechtsvorschriften und in die Entwicklung erneuerter Strategien und Aktionspläne der EU (zur Bekämpfung von Terrorismus und Gewaltextremismus, unerlaubtem Handel mit Feuerwaffen, illegalem Drogenhandel und Menschenhandel) zu investieren. Der Vorsitz hat ferner festgestellt, dass die Anwendung der Grundsätze der besseren Rechtsetzung bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften, einschließlich gründlicher Folgenabschätzungen, breite Unterstützung findet. Ebenso wurde der Schwerpunkt im Bereich der Prävention zur Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität und Radikalisierung, und insbesondere der neue Aktionsplan zum Schutz von Kindern vor Kriminalität, unterstützt.

Schließlich betonten die Mitgliedstaaten, dass die Zielsetzungen im Bereich der inneren Sicherheit mit einer flexiblen und angemessenen Finanzierung im Rahmen des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) für die Zeit nach 2027 in Einklang gebracht werden müssen.

Schlüsselbereiche, die weitere Beratungen erfordern

Der Vorsitz hat festgestellt, dass mehrere Elemente der Mitteilung bei den Mitgliedstaaten Fragen oder Bedenken aufgeworfen haben und weitere Überlegungen erfordern werden. Zwei dieser Kernpunkte sind:

- Erstens: Im Rahmen von Folgemaßnahmen nach dem Bild der Bedrohungslage, das aus der Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität (EU SOCTA) 2025 hervorgeht, sowie dem darin enthaltenen Schwerpunkt auf hybriden Bedrohungen und Cyberbedrohungen begrüßten zwar einige Mitgliedstaaten den vorgeschlagenen Ansatz zur Bewältigung neu auftretender Bedrohungen, andere äußerten jedoch Zweifel, ersuchten um Klarstellungen in Bezug auf die Definition hybrider Bedrohungen und erklärten, dass die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedstaaten geachtet werden sollte, auch im Zusammenhang mit der möglichen künftigen Verlängerung des Mandats von Europol.
- Zweitens stellten einige Mitgliedstaaten den Mehrwert der von der Kommission vorgeschlagenen „regelmäßigen Analysen der Bedrohungslage in Bezug auf die innere Sicherheit in der EU“ infrage, die zusätzlich zu den bereits bestehenden, regelmäßigen Gefahrenabschätzungen im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung und der Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität, erstellt würden.

*

Abschließend ist der Vorsitz der Auffassung, dass der umfassende, bereichsübergreifende Charakter der Mitteilung der Kommission „ProtectEU – eine Europäische Strategie für die innere Sicherheit“, ihre verschiedenen Aktionsbereiche, Aktionspläne und Zielvorgaben sowie die Standpunkte, die die Mitgliedstaaten bei der Prüfung dieser Mitteilung in den Vorbereitungsgremien des Rates zum Ausdruck gebracht haben, von entscheidender Bedeutung sein werden, um die in zunehmendem Maße komplexen Sicherheitsbedrohungen wirksam vorherzusehen, zu verhindern und darauf zu reagieren. Auf dieser Grundlage sieht der Vorsitz weiterer Arbeit im Bereich der inneren Sicherheit in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament, der Kommission und anderen Interessenträgern erwartungsvoll entgegen.